



# HESSISCHER LANDTAG

25. 08. 2020

SIA

## Berichtsantrag

**Christiane Böhm (DIE LINKE) und Fraktion**

### **Situation des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Hessen**

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) gilt als dritte Säule des Gesundheitswesens. Er übernimmt wesentliche staatliche Aufklärungs-, Kontroll- und Steuerungsfunktionen. Dazu gehören die Abwehr gesundheitlicher Gefahren, die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, Prävention zu veranlassen und zu koordinieren, den Ursachen von Gesundheitsgefahren nachzugehen, Einwirkungen aus der Umwelt zu bewerten, Hygiene zu überwachen, Infektionskrankheiten epidemiologisch zu erfassen, Gesundheitsberichte zu erstellen, Aufsicht über und Anerkennung der Berufe des Gesundheitswesens auszuüben, ärztliche Untersuchungen vorzunehmen und Gutachten zu erstellen.

Seit Jahren ist aber auch festzustellen, dass für die vielfältigen Aufgaben weder ausreichend personelle noch finanzielle Rahmenbedingungen gegeben sind. Auch das Hessische Ministerium für Soziales und Integration gesteht ein, dass sowohl im ärztlichen Bereich, aber auch bei Ingenieurinnen und Ingenieuren und Hygienefachkräften Personalmangel bestehe. Als mögliche Lösungen werden finanzielle und imagefördernde Maßnahmen erwogen (s. Vorbemerkung zur Beantwortung der Drucks. 20/944).

Die Verlagerung von Aufgaben auf die jeweiligen Gesundheitsämter der Kreise und kreisfreien Städte ohne ausreichende finanzielle Kompensation haben sich nach den Erfahrungen der Fragesteller insgesamt eher negativ auf das Verhältnis von Personal und Aufgaben ausgewirkt. Das wachsende Aufgabenspektrum ist vonseiten der Kommunen nicht ohne finanzielle Unterstützung des Landes zu leisten. Damit soll nicht die kommunale Verantwortung infrage gestellt werden.

Nicht zuletzt die Erfahrungen der Corona-Pandemie haben – trotz des enormen Einsatzes der Beschäftigten in den Gesundheitsämtern – deutlich gezeigt, dass der aktuelle Zustand nicht länger tragbar ist. Die strukturelle Unterfinanzierung und -versorgung trägt maßgeblich zu einer Gefährdung der öffentlichen Gesundheit auch außerhalb von Notlagen bei.

Die Landesregierung wird vor diesem Hintergrund ersucht, im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

#### Struktur des ÖGD

1. Wie verteilen sich die Aufgaben und Kompetenzen des ÖGD seit dem hessischen Kommunalisierungsgesetz von 2005 auf die Landes- und kommunale Ebene?
2. Welche Veränderungen wurden in Folge mit der Etablierung des Hessischen Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (HGöGD) im Jahr 2007 geschaffen?
3. Wie haben sich die Aufgaben des ÖGD seitdem gewandelt?
4. Welche neuen Aufgabenfelder sind hinzugekommen, welche Aufgaben wurden an andere Behörden übertragen?
5. Welche weiteren Anforderungen sind zukünftig an den ÖGD zu erwarten?
6. Inwiefern haben diese Entwicklungen Einfluss auf die Belastung der Beschäftigten und die Attraktivität des Arbeitsfeldes öffentlicher Gesundheitsdienst?
7. Wie hat sich der Personalbestand, der mit Aufgaben nach dem HGöGD betraut ist, bei Landesbehörden und in den hessischen Kommunen seit 2005 verändert (bitte nach Landesbehörden, Kreisen und kreisfreien Städten jeweils zu den Zeitpunkten 1. Januar 2005, 1. Januar 2010, 1. Januar 2015 und 1. Januar 2020 aufschlüsseln)?

8. In welchem Verhältnis standen seit 2005 die finanziellen Aufwendungen für die Aufgaben nach dem HGöGD vom Land Hessen und den hessischen Kommunen (bitte nach Landesbehörden, Kreisen und kreisfreien Städten jeweils zu den Zeitpunkten 1. Januar 2005, 1. Januar 2010, 1. Januar 2015 und 1. Januar 2020 aufschlüsseln)?
9. Erachtet die Landesregierung diese Entwicklung als gerechtfertigt?
10. Plant die Landesregierung, den hessischen Kommunen mehr finanzielle Unterstützung bereitzustellen, um die Aufgaben des ÖGD angemessen ausführen zu können?  
Wenn ja, ab wann und in welcher Höhe?
11. Gibt es Überlegungen seitens des Landes Hessen, Aufgaben des ÖGD teilweise oder vollständig wieder in Landesverantwortung zu übernehmen?  
Wenn ja, wie sehen diese Überlegungen aus?

#### Situation der Gesundheitsämter vor der Corona-Pandemie

12. Wie hoch waren die finanziellen Aufwendungen des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften für die Aufgaben des ÖGD im Jahr 2019 und wie haben sich diese seit 2005 entwickelt (bitte nach Landesbehörden und Gebietskörperschaften in Jahresscheiben aufschlüsseln und soweit möglich den einzelnen gesetzlichen Aufgaben zuordnen)?
13. Betrachtet die Landesregierung die gewährten kommunalisierten Hilfen im Vergleich zu den Aufgaben und tatsächlichen Kosten des ÖGD für angemessen?  
Wenn ja, wie begründet Sie dies?  
Wenn nein, wann und wie plant sie diesem Zustand abzuweichen?
14. Wie viele Stellen wurden für die jeweiligen Aufgaben nach dem HGöGD in den Landesbehörden und den kommunalen Gesundheitsämtern zum Stichtag 1. Januar 2020 vorgehalten (bitte nach Landesbehörden und Gebietskörperschaften aufschlüsseln und soweit möglich den einzelnen gesetzlichen Aufgaben zuordnen)?
15. Wie viele davon waren nicht besetzt (bitte ebenfalls nach Landesbehörden, Gebietskörperschaften und den gesetzlichen Aufgaben aufschlüsseln)?
16. In welchen Bereichen melden die Gesundheitsämter besondere Besetzungsschwierigkeiten?  
Wie wird dies begründet?
17. Welche Rolle spielen die Vergütungsunterschiede zu Fachkräften in anderen Tätigkeitsfeldern, beispielsweise medizinischem Fachpersonal in Kliniken?
18. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung seit 2014 unternommen, um gezielt mehr Personal für den ÖGD zu gewinnen?
19. Welche Maßnahmen wurden seitens der Kommunen unternommen, um Personalmängel in den Gesundheitsämtern zu begegnen?
20. Wie wird der jeweilige Erfolg dieser Maßnahmen seitens der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände bewertet?

#### Leistungen und Belastungen des ÖGD während der Corona-Krise

21. Wie hat sich die personelle Situation im Bereich des ÖGD seit Beginn der Pandemiesituation entwickelt?
22. Wie viele Überlastungsanzeigen von Beschäftigten des ÖGD gab es, die auf die Mehrbelastungen durch die Pandemie zurückzuführen sind (bitte für die Landesbehörden, sowie nach Kreisen und kreisfreien Städten aufschlüsseln)?
23. Woher kam das zusätzliche Personal, welches im Rahmen der Pandemiebekämpfung eingesetzt wurde?
24. Wie viele Personen wurden jeweils durch Abordnungen innerhalb der Kommunalverwaltung, durch Abordnungen aus Bundes- oder Landesbehörden, durch Neueinstellungen, im Rahmen von Fachpraktika (insb. Medizinstudierende) oder als ehrenamtliche Helferinnen und Helfer gewonnen (bitte nach Landesbehörden, Kreisen und kreisfreien Städten aufschlüsseln)?
25. Sind bei Neueinstellungen dauerhafte Arbeitsverhältnisse oder Zeitverträge geschlossen worden (bitte nach Landesbehörden, Kreisen und kreisfreien Städten aufschlüsseln)?

26. Die Abordnungen in den Kommunal- und Landesbehörden setzten voraus, dass andere Tätigkeitsbereiche der Verwaltung und anderer Aufgabenbereiche der öffentlichen Hand weitgehend zum Erliegen gekommen waren. Auch Medizinstudierende können nicht unbegrenzt ihr Studium unterbrechen. Wie wird der personelle Bedarf aktuell gesichert, während andere Tätigkeiten wieder aufgenommen werden?
27. Pandemiebedingt mussten verschiedene Tätigkeiten des ÖGD zwischenzeitlich ruhen oder konnten nur stark eingeschränkt umgesetzt werden. Welche kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen erwartet die Landesregierung aus dieser Situation für die
- a) Schuleingangsuntersuchungen (in welchen Kommunen/Schulen haben sie stattgefunden, wo sind sie noch für das Schuljahr 2020/2021 geplant, wie viele Kinder konnten nicht eingeschult werden, weil keine Schuleingangsuntersuchung stattgefunden hat, was hat dies für Auswirkungen für Vorklassen, Kitas etc.),
  - b) gesundheitliche und zahngesundheitliche Präventionsarbeit, insbesondere mit Kindern und Jugendlichen,
  - c) Angebote des Impfschutzes,
  - d) Überwachung von möglichen Schädigungen durch Umwelteinflüsse,
  - e) koordinierende Tätigkeiten und die Gesundheitsberichterstattung,
  - f) Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes,
  - g) Personen mit psychischen Erkrankungen durch die Einschränkungen der Sozialpsychiatrischen Dienste,
  - h) berufliche Zulassungen mit Erfordernis eines amtsärztlichen Attests (bspw. von Referendarinnen und Referendaren, Lehrerinnen und Lehrern usw.) und
  - i) Verzögerungen bei staatlichen Anerkennungen von Gesundheitsfachberufen?
28. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, dass die aufgeführten Fachbereiche in den hessischen Kommunen unterschiedlich stark eingeschränkt wurden?  
Wenn ja, woran liegt das?
29. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat einen Schlüssel von fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in einem Gesundheitsamt je 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner zur Infektionsnachverfolgung gefordert. Wie müsste nach diesem Vorschlag die Personalkapazität der hessischen Gesundheitsämter aussehen (bitte nach kommunalen Gebietskörperschaften aufschlüsseln)?
30. Wie viel Prozent dieses Wertes erreichen die hessischen Gesundheitsämter zum aktuellen Zeitpunkt (bitte nach kommunalen Gebietskörperschaften aufschlüsseln)?

#### Maßnahmen zur Stärkung des ÖGD

31. Im Jahr 2021 soll die Novellierung des HGöGD vollzogen werden. Welche Reformnotwendigkeiten sind aus Sicht der Landesregierung bereits jetzt ersichtlich?
32. Inwieweit wird die Landesregierung im Rahmen der Novelle einem umfassenden Verständnis von Public Health Rechnung tragen?
33. Welche dauerhaften personellen Mehrbedarfe in welchen Aufgabenbereichen des ÖGD ergeben sich für die Landesregierung?
34. Welche Notwendigkeiten zur Digitalisierung des ÖGD erkennt die Landesregierung?
35. Plant die Landesregierung, den hessischen Kommunen mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um die genannten Veränderungen zu realisieren?
36. Plant die Landesregierung, einen öffentlichen Diskussions- und Anhörungsprozess der Novellierung des HGöGD voranzustellen, um eine möglichst breite gesellschaftliche Diskussion über die Zukunft des ÖGD zu erreichen?  
Wenn nein, warum nicht?
37. Wann beabsichtigt die Landesregierung dem Hessischen Landtag einen Gesetzentwurf zur Novellierung des HGöGD vorzulegen?

Wiesbaden, 25. August 2020

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Janine Wissler**

**Christiane Böhm**